



Neue Schulen für Dresden!

Gemeinsam mit Schulvertretern und großem Engagement wurden von Rot-Grün-Rot machbare Alternativen zum Schulnetzplan entwickelt: Sogar die CDU ist mit im Boot.

von Anja Apel

Die Landkreise und kreisfreien Städte sind durch den Gesetzgeber beauftragt, für ihr Zuständigkeitsgebiet einen Schulnetzplan aufzustellen. „Es soll dabei gesichert werden“, so der Gesetzgeber, „dass für jeden Schüler in zumutbarer Entfernung ein adäquates Beschulungsangebot in hoher Qualität zur Verfügung steht.“

Das Vorlegen eines aktualisierten Schulnetzplanes muss aller fünf Jahre erfolgen. Eine vorzeitige Anpassung ist vorzunehmen, wenn die tatsächlichen Gegebenheiten (zum Beispiel Änderung der Prognosezahlen) dieses erfordern. Die Schulverwaltung (damals noch unter Leitung von Bürgermeister Lames) legte einen Referentenentwurf vor. Dieser wurde in der Öffentlichkeit diskutiert und im Anschluss überarbeitet. Kurz vor der Sommerpause 2017 wurde ein endgültiger Entwurf vorgelegt, welcher sich aufgrund von veränderten Prognosezahlen und einem Bürgermeisterwechsel, jetzt ist Bildungsbürgermeister Vorjohann dafür zuständig, sehr vom ersten Entwurf unterschied.

Neue Grundschulplätze schaffen!

Gemeinsam mit SPD und Grünen verständigten wir uns mit Schulleitungen, Elternvertretungen und Ortsbeiräten und entwickelten einen sehr umfangreichen Änderungsantrag zu diesem neuen Schulnetzplan. Diesen haben wir anschließend mit der CDU verhandelt und so entstand ein 15 Punkte umfassender interfraktioneller Antrag von CDU-LINKE-Grüne-SPD. Sehr schnell einig waren wir uns über



den/bei dem größeren Bedarf an Grundschulen. Da die Standortentwicklung und der Bau einer Schule fünf bis sechs Jahre dauert und für Grundschüler*innen der Schulweg nicht so weit sein soll, ist es in diesem Fall besonders wichtig, rechtzeitig die richtigen Beschlüsse zu fassen. Im neuen Schulgesetz gibt es in den nächsten Jahren Veränderungen, welche wir jetzt schon mit einplanen müssen. Zum Beispiel sollen künftig nicht mehr 28 Schüler*innen als Klassenobergrenze gelten, sondern 25. Auch sollen Schüler*innen mit einem möglichen Förderbedarf im Bereich „Lernen“ oder soziale und emotionale Entwicklungen ab August 2023 an den wohnortnahen Grundschulen bleiben und dort die notwendige Unterstützung erhalten.

Konkret gibt es im Grundschulbereich folgenden Nachbesserungsbedarf: Wir sehen in Plauen die Notwendigkeit

eines zusätzlichen Grundschulstandortes und möchten die Grundschule Cämmerswalder Straße wiedereröffnen. Zum Glück gibt es das Schulgebäude noch. Dadurch können wir auch verhindern, dass die Robinsonschule nach Pieschen ziehen muss. Auch in Naußlitz (74. GS) und Schönfeld/Weißig reicht die Zahl der Grundschulplätze nicht aus. Da beide Grundschulen an ihrem Standort nicht erweiterbar sind, muss eine Lösung gefunden werden und eventuell jeweils ein Neubau erfolgen.

Im Altstadtbereich, der Lingnerstadt, werden viele Wohnungen gebaut. Zur Bebauungsvorlage forderte die Schulverwaltung, dass Flächen nach Gemeinbedarf ausgewiesen werden müssten, um Kita und Grundschule zu bauen. Das wurde von Hoch- und Tiefbauamt abgelehnt. Das ist unserer Ansicht nach kurz-sichtig. Diese Pläne müssen durch die Politiker*innen geändert werden, um

in diesem Bereich eine weitere Grundschule zu gründen. Ebenso wird in Blasewitz ein neuer Grundschulstandort gebraucht, diese Grundschule könnte durch Reaktivierung der ruhenden Schule (Altenberger Str. 83) oder Nutzung der Bauauslagerungsschule (Berthelsdorfer Weg) entstehen. Die 8. Grundschule in Pieschen soll schnellstens saniert und vierzünftig ausgebaut werden. Wir fordern auch, den Ersatzneubau des Gymnasiums Klotzsche im Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/2020 mit einzuplanen. Für die Auslagerung der über 1.000 Schüler*innen an die Gehestraße (Pieschen – Oberschule und Gymnasium) haben wir nur ein kurzes Zeitfenster. Denn die dort neugebauten Schulen wachsen erst auf und benötigen noch nicht ihr gesamtes Schulgebäude. Das wird sich jedoch ändern.

Ein weiteres Problem: Die neue Oberschule an der Ecke Stauffenbergallee/Königsbrücker Straße, welche für den Dresdner Norden gebaut wird, wird nicht rechtzeitig fertig sein. Um den Bedarf zu decken, könnte diese Schule im Containerbau des Gymnasium Klotzsche vorgegründet werden, den der Standort zusätzlich zum Schulgebäude hat. Einen interfraktionellen Antrag diesen Ausmaßes hat es in der Form in der Geschichte des Stadtrates noch nicht gegeben. Ich erinnere mich noch gut an meinen Änderungsantrag zum letzten Schulnetzplan. Weder schafften wir es, uns unter LINKEN, SPD und Grünen zu einigen, noch war die CDU zu einem Gespräch bereit gewesen. Dieser Antrag zeigt deutlich, dass wir eine andere Kultur des miteinander Redens ins Rathaus gebracht haben.

Extreme Rechte will Dresden erneut für Aufmärsche missbrauchen

von Max Kretschmar

Extrem rechte politische Gruppierungen wollen die Stadt Dresden im Februar 2018 erneut für Aufmärsche missbrauchen. Dies ergibt sich aus Antworten von Oberbürgermeister Dirk Hilbert auf schriftliche Anfragen des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach. Hiernach wurde für den 13. Februar 2018 eine Kundgebung der Gruppierung „Wellenlängen“ angemeldet. Weiterhin wurde durch die „Volks-treue Bürgerrechtsbewegung für Meinungsfreiheit und nationale Selbstbe-

stimmung“ für den 17. Februar 2018 ein „Gedenkmarsch“ angezeigt, der durch die Dresdner Altstadt und die Dresdner Neustadt (!) führen soll. Zudem sind für den 05., 12., 19. und 26. Februar 2018 Demonstrationen von PEGIDA geplant. Dazu sagt André Schollbach: „Immer wieder missbrauchen extrem rechte Organisationen die Stadt Dresden für ihre Aufmärsche. In der Vergangenheit wurde jenen, die Hass und Hetze verbreiten, leider immer wieder zu wenig entgegengesetzt. Wir Dresdnerinnen und Dresdner sollten aktiv und

deutlich zeigen, dass diese Hetzer in unserer Stadt nicht willkommen sind.“

Im Zusammenhang mit Aufmärschen der extremen Rechten steht die Dresdner Versammlungsbehörde bereits seit längerer Zeit in der Kritik. Vielfach entsteht der Eindruck, dass dieses politische Spektrum recht freundlich behandelt wird, während sich der Gegenprotest immer wieder Behinderungen ausgesetzt sieht. Daher ließ die Stadtverwaltung ein Gutachten dazu erstellen. Fazit: Die Arbeit der Versammlungsbehörde sei

im Wesentlichen nicht zu beanstanden. André Schollbach hat sich das Gutachten einmal näher angeschaut und kommt zu folgender Einschätzung: „Die entscheidende Frage wurde gar nicht untersucht, weil sie nicht Gegenstand des Auftrags des von der Rathausspitze veranlassten Gutachtens war. Das zentrale Problem besteht in der unzureichenden Kontrolle und Durchsetzung von Auflagen, die in der Praxis dazu führen, dass Rechtsradikale bei ihren Aufmärschen in Dresden unbehelligt bleiben und weitgehende Freiheiten genießen.“



111 Jahre Kinder- und Jugendzahnklinik in Dresden

von Pia Barkow

Als Carl August Lingner - u.a. bekannt durch sein Mundwasser „Odol“ - im Jahr 1906 die erste Schulzahnklinik in Dresden gründete, hätte er sich vermutlich nicht träumen lassen, dass diese so lange Bestand haben werde. Damals ließ er Kinder aus den Volksschulen untersuchen und behandeln. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Jahr 1945 und dem zeitweiligen Erliegen der Untersuchungstätigkeit wurde die Idee in der DDR weitergetragen. Im gesamten Staatsgebiet der DDR wurden Jugendzahnkliniken errichtet bzw. weitergeführt. Die Zahngesundheit von Kindern und Jugendlichen hatte einen hohen Stellenwert, so sollten entsprechend der 1979 hierfür eigens eingeführten Richtlinie alle Kinder vom 2. Lebensjahr an bis zum Ende der Schulzeit regelmäßige von Zahnärztinnen oder Zahnärzten untersucht werden.

Diese Praxis fand in Dresden über die Parteigrenzen hinweg großen Zuspruch und so fasste der Stadtrat am 27. Juni 1991 den Beschluss, die Jugendzahnklinik in kommunaler Trägerschaft zu erhalten – und sicherte damit als einzige Kommune den Fortbestand der zu DDR-Zeiten ein- oder fortgeführten Jugendzahnkliniken.

Das Vorgehen der Kinder- und Jugendzahnklinik ist dabei über die Jahrzehnte nahezu gleichgeblieben: alle Kitagruppen und Schulklassen bis Klassenstufe 7 bekommen einmal jährlich Besuch von der Zahnärztin bzw. dem Zahnarzt, das entspricht etwa 60.000 Kindern. Sie untersuchen Zähne und Kieferstellung und zeigen, wie richtig geputzt wird. Sollte bei einzelnen Kindern eine weiterführende Behandlung notwendig sein, werden die Eltern per Brief informiert.

Die Klinik beobachtet dabei auch die Entwicklung der Zahngesundheit der

Kinder, die Häufigkeit von Karies oder auffälligen kieferorthopädischen Befunden. Glücklicherweise hat sich an den Ergebnissen der Untersuchungen einiges verbessert. So ist es um die Zahngesundheit der Kinder heute sehr gut bestellt ist, etwa 80% der Eins- bis Siebenjährigen haben gesunde Zähne. Bei den Sieben- bis Zehnjährigen sinkt dieser Wert auf 54%. Aber grundsätzlich stieg der Anteil an Kindern mit gesunden Zähnen in allen Altersgruppen in den letzten Jahren.

Die WHO fordert bis 2020 eine Kariesfreiheit bei Sechsjährigen von 80 Prozent. Denn eine gesunde Zahnentwicklung ist von großer Wichtigkeit, nicht nur für das Kauen und Essen, sondern auch für die Entwicklung der Sprache, das reguläre Wachsen der Kieferknochen und nicht zuletzt für das soziale Miteinander. Trotz dieser enormen Bedeutung ist frühkindliche Karies gegenwärtig eine der häufigsten chronischen Erkrankungen im Kleinkind- und Vorschulalter.

Allerdings zeigt sich leider sehr deutlich eine soziale Grenze, so ist Karies an Schulen und in Stadtteilen mit vielen Kindern aus finanziell schwachen Elternhäusern deutlich häufiger vertreten. Umso wichtiger ist es, dass die kommunale Kinder- und Jugendzahnklinik alle Schulklassen besucht, vor allem auch jene, die mit den eigenen Eltern nicht so oft zum Zahnarzt oder zur Zahnärztin gehen.

Damit die Kinder- und Jugendzahnklinik ihre wichtige Arbeit auch in Zukunft weiterhin gut erfüllen kann, haben wir einen Antrag entwickelt, der zusätzliches Personal und eine Erneuerung der technischen Geräte vorsieht. So soll auf die wachsende Kinderzahl reagiert werden können, gerade in finanziell schlechter gestellten Stadtteilen.

Anfang kommenden Jahres sollen diese Erneuerungen von rotgrünorange beschlossen werden.

Ausschreibung



Foto: Marko Greitschus, pixelio.de

Mitglied für den Kriminalpräventiven Rat gesucht

Für die Besetzung eines Sitzes für den Kriminalpräventiven Rat der Landeshauptstadt Dresden sucht DIE LINKE. Fraktion im Stadtrat Interessierte, die die politischen Ziele der LINKEN teilen.

Der Kriminalpräventive Rat wurde nach einem Stadtratsbeschluss im Jahr 1996 gegründet. Er fungiert als Beratungsgremium des Oberbürgermeisters unter dem paritätischen Vorsitz des Beigeordneten für Ordnung und Sicherheit der Landeshauptstadt Dresden sowie des Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Dresden. Mitglieder

sind Vertreterinnen und Vertreter der Stadtratsfraktionen, der einzelnen Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung, der Polizeidirektion und der Justiz. Aufgaben des Kriminalpräventiven Rats bestehen in der Erarbeitung und Empfehlung von Maßnahmen, die dazu beitragen können, die Kriminalität in der Landeshauptstadt Dresden vorbeugend zu verhindern bzw. zu verringern. Ereignisbezogen und problemorientiert werden, ausgehend von der realen Kriminalitätssituation in der Landeshauptstadt Dresden, Schwerpunkte erarbeitet, um flexibel auf diese reagieren zu können.

Das Gremium sieht seine Aufgaben auf allen Gebieten/Bereichen der Kriminalprävention. Zu den Projekten des Rats gehören u.a. das Fanprojekt Dresden e.V., die Graffitiprävention, die Jugendgerichtshilfe und das Kinderschutzprojekt „Bärenstarker August“.

Rückmeldung bei Interesse bitte bis zum 23.01.2018 an: Mail: linke-fraktion@dresden.de Post: Fraktion DIE LINKE Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kurz&Knapp aus dem #staddrat



Zu Beginn der Sitzung fragte **André Schollbach** während der Fragestunde nach dem baulichen Zustand und den vorhandenen Mängeln an den Dresdner Elbebrücken. Baubürgermeister Raoul Schmidt-Lamontain beschrieb den Sanierungsstand der einzelnen Brücken. Bemerkenswert war die Antwort zum Blauen Wunder, wo die schrittweise Sanierung bis 2030 dauern wird, eine Schließung der Brücke wird nicht notwendig sein, sowie zur Augustusbrücke, wo weit größere Schäden aufgetaucht sind als angenommen und man nicht mit Sicherheit sagen könne, ob der Zeitplan eingehalten werden könne.

Nie wieder BRN-Chaos!

"Mehr Transparenz in der Anmeldepraxis für die Bunte Republik Neustadt": Mit diesem von LINKEN und GRÜNEN eingereichten Antrag wird auf das Anmeldechaos im Vorfeld der letzten BRN reagiert und die Anmeldepraxis für das Stadtteilstfest transparenter gestaltet.

Jacqueline Muth, Miteinbringerin des Antrages: "Zukünftig soll der Ortsbeirat Neustadt ein halbes Jahr vor dem Beginn der Bunten Republik Neustadt verbindlich informiert werden, damit sich jede und jeder Interessierte an der öffentlichen Debatte beteiligen kann. Bisher betrug der Zeitraum höchstens wenige Wochen, manchmal sogar nur wenige Tage. Das ist nicht länger tragbar und erschwert die Vorbereitungen zur Bunten Republik Neustadt unnötig."

Der Stadtrat stimmte für den Antrag.



Asylunterbringung

Verantwortung Dresdens

Flüchtlinge erhalten für eine Übergangszeit eine einfache Unterkunft zugewiesen. Zunächst werden Sie in einer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) untergebracht. Dafür ist der Freistaat Sachsen zuständig. In der EAE werden die Flüchtlinge registriert und medizinisch untersucht. In einfachen Kursen erfahren sie schon die ersten grundlegenden Informationen über das Leben in Deutschland.

Danach werden die Flüchtlinge auf Gemeinschaftsunterkünfte und Wohnungen verteilt und bleiben hier während ihres Asylverfahrens. Dafür sind die Kommunen (Landkreise und kreisfreie Städte) zuständig. Als kreisfreie Stadt steht die Landeshauptstadt Dresden in der Verantwortung, ihren Beitrag für die Unterstützung der geflüchteten Menschen zu leisten. Das ist nicht nur eine moralische Verpflichtung. Es ist auch verbindlich im § 2 des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes geregelt. Die Stadt darf nicht auswählen „wen“ sie aufnimmt. Dresden hat die Pflicht, Unterbringung, Versorgung und Betreuung aller ihr zugewiesenen Asylsuchenden sicherzustellen.

Um das Miteinander der alten und der neuen Nachbarn in den Stadtregionen besser zu koordinieren und zu gestalten, hat die Stadt ein flächendeckendes System der Flüchtlingssozialarbeit aufgebaut und vier regionale Koordinierungsstellen eingerichtet. Die Regionalkoordinatoren sind Ansprechpartner für die Nachbarschaften, sie wirken zum Beispiel bei Umzügen von Flüchtlingen mit, organisieren Patenschaften und Nachbarschaftstreffs und schlichten Meinungsverschiedenheiten.

weitere Informationen:
www.dresden.de

Gemeinsam wurde eine Lösung gefunden

Preise für Wohnheimplätze und Gewährleistungswohnungen wurden neu geregelt

von Kerstin Wagner

In der Sitzung vom 14.12.2017 beschloss der Dresdner Stadtrat die Fortschreibung der Unterbringungs-satzungen für Asylsuchende und Wohnungslose Menschen in Dresden. Dresden hat die Pflicht zur Unterbringung dieser beiden Gruppen, die enormen Kosten könnten zumindest auf diejenigen umgelegt werden, die ihren Lebensunterhalt selbst verdienen.

Da es neben den normalen Miet- und Wohnnebenkosten gerade an den Asylheimstandorten einen Wachschatzbedarf gibt, der die durchschnittlichen Kosten pro Bett auf und 600 Euro monatlich getrieben hat, war die Vorlage der Verwaltung zur Anpassung der selbst zu tragenden Anteile für arbeitende Menschen mit ausreichendem Einkommen Auslöser für eine Welle der Entrüstung. Betroffen vom maximalen Eigenanteil wären zwar nur eine handvoll Menschen, deren Einkommen würde aber so erheblich geschröpft, dass die Motivation zu arbeiten sicher nicht steigen würde. Außerdem dürfen diese Personen sich bislang eben nicht selbst aussuchen, wo und wie sie leben möchten. Dass die Unterbringung in einem Mehrbettzimmer in einem Heim 600 Euro kosten sollte, wurde schließlich auch in den Debatte in

den Ausschüssen nicht als angemessen angesehen – selbst die konservative Seite kritisierte die Pläne der Verwaltung.

Eine weitere Gruppe, die durch die Pläne stark betroffen gewesen wären, waren asylsuchende junge Menschen, die eine Ausbildung begonnen hatten. Vielen von ihnen steht keine Ausbildungsförderung zu, sie leben von ihren Lehrlingsentgelt. Manche bekommen einen Zuschuss zur Miete, der aber ebenfalls die 600 Euro nicht gedeckt hätte. Man hätte den Betroffenen die anfallenden Kosten für die Unterbringung stunden können, dann hätten sie aber über die Ausbildungszeit hohe Schulden angehäuft. Bei diesen Betroffenen wäre die Gefahr, die Ausbildung abzubrechen und damit die ersten erfolgreichen Schritte zur Integration zu gefährden, besonders groß. Das musste verhindert werden.

In mehreren Sitzungen versuchten Vertreter von Vereinen, aus der Verwaltung und aus Fraktionen des Stadtrates, einen Kompromiss zu finden, der die Lebensbedingungen der Betroffenen anerkennt. Schließlich fanden wir gemeinsam einen Kompromiss, der auf breite Zustimmung stieß. Die auf Basis des schlüssigen Konzeptes errechneten

Kosten der Unterkunft wurden um die Heizkosten ergänzt und als Maß für einen angemessenen Preis genommen: 70 Prozent der (warmen) Kosten der Unterkunft (KdU) für das Bett in einer Gewährleistungswohnung, 50 Prozent für eines im Wohnheim. Damit zahlen arbeitende Asylbewerber und auch Obdachlose maximal rund 300 Euro monatlich für ihre Unterbringung. Wohlgedemert – für die meisten Betroffenen bezahlen weiterhin Sozialamt oder Jobcenter die anfallenden Kosten.

LINKE Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann warb für die Möglichkeit, dass die Betroffenen sich selbst Wohnraum suchen dürfen, wenn sie für ihre gesamte Lebenshaltungskosten aufkommen können. Der entsprechende Antrag der LINKEN wurde aber von allen anderen Fraktionen abgelehnt. SPD und Grünen war der breite Konsens – gemeinsam mit der CDU – wichtiger. In meinen Augen eine verpasste Chance.

Ausblick: Erst Ende 2018 werden die durchschnittlichen Kosten durch die Abmietung zweier großer Heime wieder deutlich sinken. An der gedeckelten Umlegung der Kosten für Betroffene Selbstverdiener wollen wir trotzdem festhalten.

Neue Initiativen #rotgrünrot

Anlagepolitik nach ethischen, sozialen und ökologischen Grundsätzen

Die langjährigen guten Erfahrungen mit den ortsansässigen Banken und Sparkassen sind weiterhin ein Auswahlkriterium für die Zusammenarbeit. Aber die Verantwortung der Kommune für den globalen Handel, für soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz besteht nicht nur auf dem Papier, ihr kann tatsächlich Rechnung getragen werden. Wenn die liquiden Mittel der Stadt, immerhin rund 500 Millionen Euro, nach ökologischen, sozialen und ethischen Richtlinien angelegt werden, trägt die Kommune zur Finanzierung nachhaltiger, ökologischer, sozialer und friedensstiftender Projekte bei. Jeder Euro, der nicht in Waffenproduktion, Fracking oder Kinderarbeit „angelegt“ wird, unterstützt im Gegenteil Unternehmen, die ethisch, sozial und ökologisch nachhaltig handeln.

Umsetzung „Sozialer Projekte“ im Themenfeld Gesundheit

Im Doppelhaushalt 2017/18 sind durch Initiative von Rot-Grün-Rot Mittel zur Umsetzung sozialer Projekte bzw. zur Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt worden. So werden Familienhebammen und Familienkinderkrankenschwestern des Gesundheitsamtes Familien, junge Mütter und Väter in Risikosituationen und besonders belastenden Lebenssituationen

unterstützen. Die Kinder- und Jugendzahnklinik leistet mit ihrer frühestmöglichen zahnärztlichen Betreuung einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung bzw. Aufrechterhaltung der Zahngesundheit Dresdner Kinder (siehe Beitrag auf Seite 2). Schon lange ist bekannt, dass Dresden eine weitere sozialtherapeutische Wohnstätte benötigt: Ein neues Angebot soll nun mit 194.000 Euro geschaffen werden.

Beflecktes Andenken

Denkmalpfleger Prof. Dr. Hans Nadler war während des Dritten Reiches Mitglied in der NSDAP, der SA, Kriegsfreiwilliger 1939 und seine Promotionsarbeit wurde in die Kulturpolitik der Nazis eingebunden

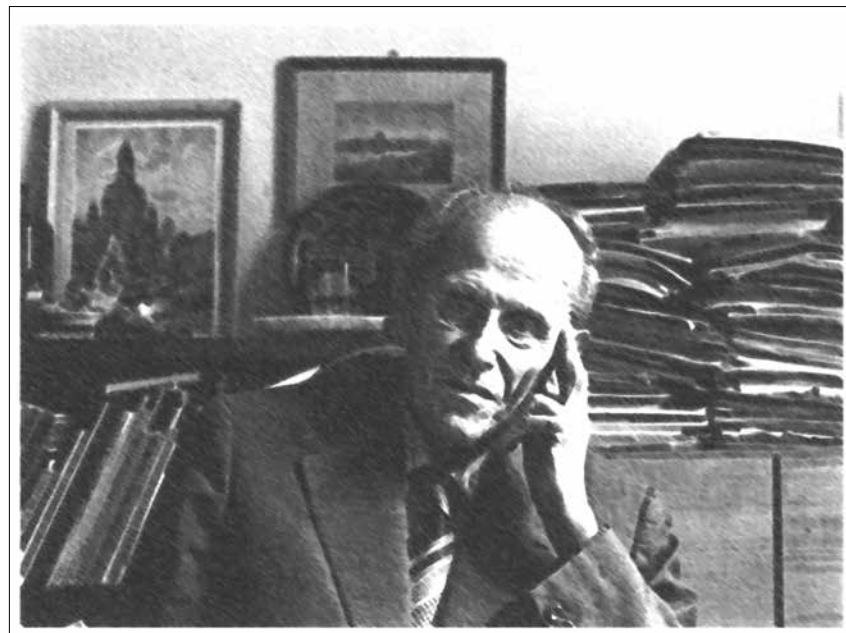
von Tilo Wirtz

Beliebt bei den notorisch nach Selbstbeweihräucherung heischenden Fraktionen in der häufig öffentlich unterbelichteten Kommunalpolitik ist die Benennung von Straßen nach bedeutenden Persönlichkeiten. Dies geschieht nicht nur uneigennützig zum Selbstzweck, sondern verbunden mit der Hoffnung, dass etwas vom Abglanz der Geehrten auf die Ehrenden zurückfallen möge. Für ein-zwei Zeitungsmeldungen sind Straßenbenennungen gut und der Aufwand ist gering, schlagen doch Straßenschilder finanziell nur mit überschaubaren 300 Euro pro Stück zu Buche. Gelegentlich geraten allerdings die Denkmale während des Aufrichtens aus dem Lot in Schiefelage und stürzen sogar um, wobei die Aufrichtenden in Gefahr geraten, mitgerissen zu werden.

So geschehen etwa beim Kriegsverherrlicher und frühen Nazi-Fan Felix Graf von Luckner oder der Kochbuchautorin Bertha Dißmann. Letztere zeigte mit martialischen Publikationen für Kriegsrezepte „Wer spart, hilft siegen!“ oder der euphorischen Huldigung des Führers im Vorwort zu Tafelspitz und Co, dass gelegentlich auch gutbürgerliche Kochbücher Gegenstand antifaschistischen Engagements und entschiedener Friedenspolitik sein müssen. Sah man bei ersterem, beim Grafen, noch von

einer Straßenbenennung ab, nicht jedoch wegen seiner Kriegsbücher und seines frühen Engagements für die Nazis, sondern wegen bekannt gewordener pädophiler Tatbestände, verhinderte die stramm nationalistische und treu nazistische Gesinnung der Dißmann nicht, dass sie trotzdem unter noch konservativer Mehrheit auf einem Straßenschild in Dresden verewigt wurde.

Allerdings scheint die Straßenbenennung nach Dißmann zumindest für die CDU im Stadtrat nun im Nachhinein zum Pyrrhussieg zu werden. Denn seit der Affäre Dißmann prüft die Stadtverwaltung grundsätzlich alle vorgeschlagenen seinerzeit lebenden Persönlichkeiten beim Bundesarchiv auf Mitgliedschaft in der NSDAP und anderen faschistischen Organisationen. Und ausgerechnet beim Nestor der sächsischen Denkmalpflege, Professor Hans Nadler, der von der CDU-Fraktion für eine Straßenbenennung vorgeschlagen wurde, schlug der Alarm an. Denn das Archiv vermeldete für Nadler eine Mitgliedschaft in der NSDAP seit 1937. Es muss der Vollständigkeit halber aber ergänzt werden, dass bereits in einem im Jahre 2016 erschienen Buch seitens der Tochter Hans Nadlers offen über die Mitgliedschaft in der NSDAP und der SA sowie seiner Mel-



dung als Kriegsfreiwilliger im Jahre 1939 berichtet wird, allerdings ohne eine Erklärung oder Auseinandersetzung damit. Der Befund ist bisher aber noch nicht öffentlich diskutiert worden.

Nach gängiger kritischer Auseinandersetzung mit Biografien im Dritten Reich ist eine bloße Mitgliedschaft in Organisationen nicht unbedingt ein Grund, von öffentlichen Ehrungen abzusehen. Es kommt auf die Würdigung des Agierens der betreffenden Menschen an. Nach weiterer Untersuchung von Nadlers Leben im Dritten Reich sind die Anzeichen aber eher alarmierend.

Denn Nadler promovierte von 1937 bis 1940 über die Burg Göltzsch in Rodevitz im Vogtland. Im Jahre 2016 wurde die unter Hans Nadler Ende der dreißiger Jahre historisierend wieder aufgebaute Burg saniert. Dabei wurden in der Kugel über dem Turm zwei Briefe von Hans Nadler gefunden. Die Erwähnung des damaligen Reichsstatthalters Martin Mutschmann mit Dank „für zwei alte Schellen“ – gemeint sind kleine Glocken, sowie weiter des Bürgermeisters, des Ortsgruppenleiters der NSDAP sowie des Reichsarbeitsdienstes, welcher die Ausgrabungsarbeiten ausführte, lassen im gesamten Duktus nicht die geringste Distanz zum damaligen System erkennen, vielmehr ist Nadler hier im Ungeist der Zeit eingereicht. Einigermaßen verblüffend ist auch die naive Unbefangenheit, mit der in Rodevitz mit den Briefen umgegangen wird.

Auch die bereits vor Abschluss seiner Doktorarbeit getätigten Veröffentlichungen werfen Fragen auf. So schrieb Nadler in der Zeitschrift des Heimatwerkes Sachsen 1938/3 über sein damaliges Thema unter der bemerkenswerten Überschrift „Wasserburg Göltzsch - Bollwerk deutscher Kultur“. Das Heimatwerk Sachsen war dabei keine harmlose unpolitische Veranstaltung, sondern ging auf Initiative des Reichsstatthalters Martin Mutschmann zurück. Sowohl

Forschungsarbeiten des Historikers Thomas Schaarschmidt sowie die im Internet teils auffindbaren Inhaltsverzeichnisse der Publikationen des Heimatwerkes zeigen eine völlige Einbindung in die völkische Blut-und-Boden-Ideologie des deutschen Faschismus.

Noch nicht abgeschlossen ist eine Auswertung der genannten Veröffentlichungen Hans Nadlers, da die Quellen noch nicht zur Verfügung stehen. Interessant wäre dabei auch eine Einsichtnahme in seine Doktorarbeit, die in der Bibliothek des Landesamtes für Denkmalpflege erhalten ist. Allerdings ist bereits jetzt bei aller Zurückhaltung kaum zu leugnen, dass Hans Nadler die Politik des NS, die unter anderem zur Zerstörung des alten Dresden geführt hat, selbst als junger Mann mitgetragen, gebilligt, intellektuell in seiner Arbeit und aktiv bis hin zur freiwilligen Teilnahme am 2. Weltkrieg unterstützt hat. Eine Reflexion dieser eigenen Mitverantwortung fehlt in den Berichten von und über Hans Nadler. Auch die Dissidenz zu den SED-Machthabern erscheint vor diesem Hintergrund in einem anderen Licht.

Quellen:

Sammelband „Hans Nadler 1910 – 2005 – Ein Leben in fünf Staatsordnungen – Ein Leben für die sächsische Kulturlandschaft“ zusammengestellt von Manfred Hammer, herausgegeben vom Verein Ländliche Bauwerke e. V. 2016
Zum Heimatwerk Sachsen in „Braune Karrieren“, Sandstein Verlag, der Beitrag über Arthur Graefe
www.rodewisch.de/news/1/332881/nachrichten/schriften-von-hans-nadler-gefunden.html
de.wikipedia.org/wiki/Heimatwerk_Sachsen
www.zvab.com/buch-suchen/titel/sachsen-zeitschrift/autor/heimatwerk-sachsen/

Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
 Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
 E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
 V.i.S.d.P. Thomas Feske
 Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
 Tilo Wirtz, Anja Apel, Pia Barkow, Max Kretzschmar, Kerstin Wagner, Sebastian Schindler
 Fotos: pixabay

DIE LINKE.

Fraktion im Dresdner Stadtrat

Die nächste Ausgabe erscheint am:
 29. Januar 2018

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

 © Klaus Gigga Brückenpark	 © Klaus Gigga Der fliegende Teppich	 © Klaus Gigga Elb meets Florenz	 © Klaus Gigga GhettoResidency
 © Klaus Gigga Grunauer Nachbarschaftstage	 © Klaus Gigga Judaica in Dresdner Sammlungen	 © Klaus Gigga Ideenwerkstatt 950 Jahre Löbtau	 © Klaus Gigga Polylog
 © Klaus Gigga Sound City Lab	 © Klaus Gigga Straßentheaterprojekt	 © Klaus Gigga Wunschraumproduktion	 © Klaus Gigga You, me & mei

2025 Euro für 2025

Das Kulturhauptstadtbüro schrieb im Rahmen des Projektes „2025 Euro für 2025“ zehn Kleinprojekte aus. AntragstellerInnen und Antragsteller konnten eine Förderung von jeweils 2025 Euro für ein Projekt erhalten, um dieses im Jahr 2017 zu realisieren. Ziel ist es, Ideen auszuprobieren und im Hinblick auf das Jahr 2025 für ein größeres Vorhaben weiterzuentwickeln.